



ЕВРОПЕЙСКИ ПАРЛАМЕНТ PARLAMENTO EUROPEO EVROPSKÝ PARLAMENT
EUROPA-PARLAMENTET EUROPÄISCHES PARLAMENT EUROOPA PARLAMENT
ΕΥΡΩΠΑΪΚΟ ΚΟΙΝΟΒΟΥΛΙΟ EUROPEAN PARLIAMENT
PARLEMENT EUROPÉEN PARLAIMINT NA HEORPA PARLAMENTO EUROPEO
EIROPAS PARLAMENTAS EUROPOS PARLAMENTAS EURÓPAI PARLAMENT
IL-PARLAMENT EWROPEW EUROPEES PARLEMENT PARLAMENT EUROPEJSKI
PARLAMENTO EUROPEU PARLAMENTUL EUROPEAN EURÓPSKY PARLAMENT
EVROPSKI PARLAMENT EUROOPAN PARLAMENTTI EUROPAPARLAMENTET

Info

EP-Präsident Hans-Gert Pöttering zum Ausgang des Referendums in Irland

Zu Beginn der Sitzung gab EP-Präsident Hans-Gert Pöttering eine Erklärung zum Ausgang des Referendums in Irland vom 12. Juni ab. Die EU stehe nach dem irischen Nein vor einer der "schwierigsten Herausforderungen ihrer Geschichte". Der Vertrag von Lissabon sei die "Antwort auf kritische Beurteilungen von Bürgerinnen und Bürgern im Hinblick auf Defizite der EU". Daher müsse der kommende EU-Gipfel "alle geeigneten Schritte unternehmen, um den Reformvertrag zu verwirklichen".

Pöttering kündigte an, dass das EP im Rahmen der Debatte zur Vorbereitung EU-Gipfel am Mittwochmorgen auch über die Folgen des Ausgangs des irischen Referendums diskutieren werden.

Mehr Demokratie, mehr Handlungsfähigkeit, mehr Transparenz

Der Reformvertrag von Lissabon, entstanden aus dem Verfassungsvertrag, der von einem öffentlich tagenden Konvent erarbeitet wurde, der sich aus nationalen und europäischen Abgeordneten zusammensetzte, ermögliche der Europäischen Union mehr Demokratie, mehr Handlungsfähigkeit, mehr Transparenz, so Pöttering.

Er stärke das Europäische Parlament, gebe den nationalen Parlamenten mehr Verantwortung bei der Gestaltung der Europapolitik, ermögliche Initiativen der Bürgerinnen und Bürger der EU gegenüber den europäischen Institutionen und gewährleiste die kommunale Selbstverwaltung.

Vertrag von Lissabon die "Antwort auf kritische Beurteilungen und Defizite der EU"

Der Vertrag von Lissabon sei die "Antwort auf kritische Beurteilungen von Bürgerinnen und Bürgern im Hinblick auf Defizite der Europäischen Union". Dieser Vertrag bringe die EU näher zu ihren Bürgern. "Wir dürfen keinen Zweifel daran lassen, dass die Verwirklichung des Reformvertrages eine absolute Notwendigkeit ist, damit die Europäische Union ihre Werte und Interessen im 21. Jahrhundert verteidigen kann", unterstrich Pöttering.

Alle geeigneten Schritte unternehmen, um Reformvertrag zu verwirklichen

Ohne die durch den Vertrag von Lissabon ermöglichten Reformen sei der Beitritt weiterer Länder zur Europäischen Union "kaum denkbar". Das EP fordere den EU-Gipfel am kommenden Donnerstag und Freitag in Brüssel auf, "alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um den Reformvertrag zu verwirklichen".

Vertrag vor den Europawahlen 2009 in Kraft setzen

Der Ratifizierungsprozess müsse "uneingeschränkt fortgeführt werden". Das EP ersuche die irische Regierung, ihrerseits Vorschläge zu unterbreiten, wie gemeinsam diese schwierige Phase europäischer Politik überwunden werden könne. Das Europäische Parlament werde sich "mit aller Kraft und großem Engagement" für die Bewältigung dieser Herausforderungen einsetzen. Erwartet werde dieses auch von der Europäischen Kommission und von allen Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Das EP erwarte ebenso, umfassend in die Arbeiten einbezogen zu werden.

"Unser Ziel bleibe es, den Vertrag von Lissabon bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 in Kraft zu setzen. Diese Grundsätze werde ich, Ihre Zustimmung vorausgesetzt, vor dem Europäischen Rat am 19./20. Juni in Brüssel mit Entschlossenheit vertreten", so Pöttering abschließend.

Eröffnung der Sitzung - Erklärung von Präsident Hans-Gert Pöttering zur Situation in den palästinensischen Gebieten

Zu Beginn der Sitzung gab EP-Präsident Hans-Gert Pöttering eine Erklärung zur Situation im Nahen Osten ab. Die Gesamtentwicklung im Nahen Osten gebe "keinen Anlass, optimistisch zu sein". Nach dem derzeitigen Stand der Dinge seien die ehrgeizigen Ziele von Annapolis "kaum zu verwirklichen". Die Verhandlungen müssten wieder aufgenommen und die Gewalt müsse beendet werden, so der Präsident.

Erklärung zur Situation in den palästinensischen Gebieten

Pöttering erklärte, eine 14-köpfige Delegation der Nahost-Arbeitsgruppe habe vom 30. Mai bis zum 2. Juni 2008 Israel und Palästina besucht. Der einstimmig verabschiedete Delegationsbericht sei "bedrückend". Zwar seien einige ermutigende Fortschritte erzielt worden, doch leider erwiesen sich diese als sektoral und begrenzt. Die Gesamtentwicklung gebe "keinen Anlass, optimistisch zu sein". Nach dem derzeitigen Stand der Dinge seien die ehrgeizigen Ziele von Annapolis "kaum zu verwirklichen".

Die Blockade des Gazastreifens müsse aufgehoben, der kontrollierte Grenzverkehr von Waren und Personen wieder ermöglicht und der Gewalt Einhalt geboten werden, so die Meinung der EP-Delegation und der Konferenz der Präsidenten.

Auch im Westjordanland müsse ein "neuer Kurs" verfolgt werden: Die Glaubwürdigkeit der Palästinensischen Behörde sei zu fördern, die Bedingungen für eine dauerhafte wirtschaftliche Entwicklung seien nachhaltig zu verwirklichen. Der von Israel angewandten Politik "ständiger Teilungen und räumlicher Trennungen" müsse entgegen getreten werden. Übereinstimmend mit der amerikanischen Regierung werde gefordert, die Ausbreitung der Siedlungen insbesondere in Ost-Jerusalem zu beenden.

Israelis und Palästinenser hätten sich in gutem Glauben und im Geiste der Versöhnung zu Verhandlungen verpflichtet, so Pöttering. Dieser Weg sei "mit Ernsthaftigkeit" wieder aufzunehmen. Mut und Kraft zur politischen Erneuerung seien gefordert. Es liege an uns Europäern, unsere Partner in diesem Prozess zu begleiten und zu unterstützen. Das Europäische Parlament werde seine Verantwortung mit Entschlossenheit wahrnehmen.

Während wir hier tagen, lassen die Fischer im Gazastreifen ihre Boote zu Wasser, erklärte Pöttering. Aufgrund der Blockade grassiere eine "ungeheuerliche Umweltverschmutzung", die die Lebensgrundlage der Fischer bedroht, und gegen die sie protestieren. "Sie demonstrieren für ihre Rechte auf Fischfang, auf Leben, auf Freiheit und auf Frieden. Unsere Delegation habe den Fischern Unterstützung versprochen. In Unser aller Namen, möchte ich daher diesen Fischern die Solidarität des Europäischen Parlaments aussprechen!"

Änderungen der Tagesordnung:

Die Debatte am Mittwochmorgen zum bevorstehenden EU-Gipfel lautet nun "Vorbereitung des Europäischen Rates (19.-20. Juni 2008) nach dem irischen Referendum". Um mehr Zeit für diese Debatte zu haben wurde die Aussprache zu den "Maßnahmen gegen den Preisanstieg von Erdöl" auf den Nachmittag verschoben.

Highlights der Woche:

Montag, 16. Juni 2008

Das Europäische Parlament wird sich zu Beginn seiner Tagung mit der **Abfallrahmenrichtlinie** befassen. Sollte das Plenum dem zwischen Vertretern von EP und Rat erarbeiteten Kompromiss zustimmen, wird die EU eine neue Abfallgesetzgebung enthalten, die u. a. **Ziele für die Wiederverwendung und das Recycling von Abfall** vorsieht, die **bis 2020 zu erreichen** sind.

Danach folgt ein weiterer Bericht des Umweltausschusses, in dem es um die **Eindämmung der chemischen Verschmutzung von Oberflächengewässern** (das ist das Ziel der neuen Umweltqualitätsnormen im Bereich der Wasserpolitik) geht. Es werden insgesamt 33 verschiedene Stoffe aufgelistet, die als höchst bedenklich gelten, darunter hauptsächlich Pestizide und Schwermetalle, vor deren Risiken die Umwelt sowie die menschliche Gesundheit geschützt werden sollen. Die Mitgliedsstaaten sollen bis 2018 deutlich sichtbare Schritte hin zur Umsetzung der neuen Normen unternehmen.

Anschließend wird die EU-Kommission eine Erklärung zum Thema "**Waldbrände in Südeuropa**" abgeben.

Am Abend befasst sich das Plenum mit dem "**Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung**". Das Wohlstandsgefälle und die extreme Armut in der EU gäben Anlass zu wachsender Sorge, so die Abgeordneten des Beschäftigungsausschusses. Initiativen im Laufe des Jahres sollten vor allem **Kinderarmut und die "Vererbung von Armut"** bekämpfen sowie benachteiligte Regionen unterstützen.

Der Entwicklungsausschuss betont, dass für eine bessere Kohärenz und Abstimmung der verschiedenen EU-Politiken der "politische Wille" und die **Berücksichtigung der "Interessen der Entwicklungsländer bei allen Politiken"**, von entscheidender Bedeutung sind. Daher fordert der Ausschuss u.a. internationale Initiativen zur Bewirtschaftung der Wälder, Maßnahmen gegen illegalen Holzeinschlag und illegaler Fischerei in Westafrika. (Bericht Frithjof Schmidt)

Dienstag, 17. Juni 2008

Am Morgen debattieren die Abgeordneten über die sog. "**Rückführungsrichtlinie**". Die Richtlinie schreibt fest, **dass illegale Einwanderer Europa verlassen müssen** und für sie ein fünfjähriges **Einreiseverbot** gilt. Die **Abschiebehaft** soll maximal sechs Monate betragen, in bestimmten Fällen bis zu 18 Monaten. Es darf nur in sichere Länder abgeschoben werden. Das Rückführungsverfahren wird an **Mindeststandards** gekoppelt. (Bericht Manfred Weber).

Im Anschluss daran geht es um die **Einführung des Euro in der Slowakei am 1.1.2009**. Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung befürwortet dies. Allerdings bestehen noch Zweifel hinsichtlich der Nachhaltigkeit einer niedrigen Inflationsrate in der Slowakei. Deshalb fordert der Ausschuss für die Slowakei auf, ein dauerhaft niedriges Inflationsumfeld zu schaffen und strukturelle Reformen einzuführen.

Am Dienstagnachmittag wird das EP das **Gesetzespaket zum Elektrizitätsbinnenmarkt** debattieren. Dabei geht es u.a. um die Frage der "**eigentumsrechtlichen Entflechtung**" von Stromproduktion und -verteilung. Mit dem Energiepaket soll das **Funktionieren des europäischen Elektrizitätsbinnenmarkts** gefördert und der **Wettbewerb** gestärkt werden. Ziel ist der **Aufbau eines gemeinsamen Netzes** sowie die Gewährleistung einer umfassenden, allgemein zugänglichen, sicheren und nachhaltigen Energieversorgung.

Am Abend geht es u.a. um den **Schutz von Fußgängern und anderen ungeschützten Verkehrsteilnehmern**. **Jährlich** werden in den Mitgliedstaaten schätzungsweise bis zu **8.000 Fußgänger, Radfahrer und andere ungeschützte Verkehrsteilnehmer getötet und 300.000 verletzt**. Mit einer neuen Verordnung versucht die EU nun, den Schutz von Fußgängern und anderen ungeschützten Verkehrsteilnehmern zu verbessern.

Mittwoch, 18. Juni 2008

Die Hauptdebatte der Plenartagung findet zur **Vorbereitung des Gipfels der Staats- und Regierungschefs vom 19./20. Juni** statt. Zuvor werden EU-Kommission und slowenische Ratspräsidentschaft Erklärungen abgeben.

Im Anschluss daran geben Rat und Kommission Erklärungen zu kurz- und mittelfristigen **Maßnahmen gegen den Anstieg des Ölpreises** ab.

Am Mittwoch wird das Plenum über die **Ernennung der neuen EU-Kommissare Jacques Barrot** (Justiz, bisher Verkehr) und **Antonio Tajani** (Verkehr) abstimmen. Tajani rückte am 9. Mai für Franco Frattini nach, der italienischer Außenminister wurde. Die Anhörungen der Kommissare finden am Montagabend statt.

Im Rahmen einer **feierlichen Sitzung** wird um 12 Uhr **Asma Jahangir**, Sonderberichterstatlerin der Vereinten Nationen für Religions- und Glaubensfreiheit, zu den Abgeordneten sprechen.

Am Nachmittag stehen u.a. die Erklärungen von EU-Kommission und slowenischer Ratspräsidentschaft zum nächsten **EU-Russland-Gipfel** auf der Agenda, der vom 26-27 Juni in Khanty-Mansiisk in Sibirien stattfinden wird.

Am Mittwoch befasst sich das Plenum mit zwei Verkehrsthemen: Zum einen mit der Richtlinie zur "**Beförderung gefährlicher Güter im Binnenland**". Der Verkehrsausschuss empfiehlt, den Gemeinsamen Standpunkt des Ministerrates ohne Änderungen zu billigen.

Zum anderen mit der Richtlinie zur **Verbesserung der Sicherheit der Straßenverkehrsinfrastruktur**. Ein erster Vorschlag wurde im Februar 2008 vom Verkehrsausschuss abgelehnt. Die Mehrheit der Abgeordneten war der Auffassung, dass der Vorschlag das Subsidiaritätsprinzip verletzen würde und die Anwendung mit einem Höchstmaß an Bürokratie verbunden gewesen wäre. Nun konnte jedoch mit dem Ministerrat eine **Einigung** erzielt werden, so dass die Richtlinie in Erster Lesung verabschiedet werden kann. (Bericht Helmuth Markov)

Donnerstag, 19. Juni 2008

Am Donnerstagmorgen steht u.a. der Bericht über die Initiative „**Intelligentes Fahrzeug**“ auf dem Programm. Der Verkehr ist für 30 % des gesamten Energieverbrauchs in der EU verantwortlich, wobei 60 % davon allein auf den Straßenverkehr entfallen. Der Autoverkehr verursacht derzeit etwa 12 % der gesamten CO₂-Emissionen in der EU. Der Verkehrsausschuss fordert zudem **saubere Fahrzeuge durch einfache Maßnahmen, steuerliche Anreize** für solche Fahrzeuge und **höchste Sicherheitsstandards**.

Kontakt:

Andreas KLEINER
Referat Redaktion und Veröffentlichung

✉: Presse-de@europarl.europa.eu

☎: (0032-2) 28 32266 (BXL)

☎: (0033-3) 881 72336 (STR)

Gabriele FELSTERL
Referat Redaktion und Veröffentlichung

✉: Presse-de@europarl.europa.eu

☎: (0032-2) 28 41027 (BXL)

☎: (0033-3) 881 73782 (STR)